

Bezugspreis:

Wochenschrift 20,- M., monatlich 20,- M., für im Voraus...
Der Vorwärts mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Verlagsadresse:

Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Telefonnummer: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 22. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Telefonnummer: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Die Brüsseler Methode.

Brüssel, 22. Dezember. (WZ.) In einem Leitartikel der „Nation Belge“ wird ausgeführt: Die Alliierten sind entschlossen, eine Methode zu beschließen, die am Mittwoch vormittag durchberaten wird.
Paris, 22. Dezember. (WZ.) Wie der „Matin“ mitteilt, werden sich die Ministerpräsidenten von Frankreich, England und Italien am 10. Januar in Cannes begeben und über die Orientfrage, die Verträge der alliierten Vereinten auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel und die dortigen Verhandlungen beraten.

Die englische Valutahilfe.

London, 22. Dezember. (WZ.) Elise, ein persönlicher Freund Lloyd Georges, befindet augenblicklich verschiedene kontinentale Hauptstädte, um Untersuchungen und Erkundigungen anzustellen, die die Wiederherstellung und die Stabilität des Wechselkurses beabsichtigen.
Paris, 22. Dezember. (WZ.) Wie der „Matin“ mitteilt, werden sich die Ministerpräsidenten von Frankreich, England und Italien am 10. Januar in Cannes begeben und über die Orientfrage, die Verträge der alliierten Vereinten auf der Sachverständigenkonferenz in Brüssel und die dortigen Verhandlungen beraten.

Nach dem Generalstreik.

Breg, 22. Dezember. (WZ.) In Brügge nahm eine Konferenz der Betriebsräte des nordwestböhmisches Braunkohlenreviers Stellung zu den letzten Ereignissen. Es wurde festgestellt, daß die Kommunisten den Streik historisch proklamiert hatten. Der Ausschuss für die englischen Exporteure übernimmt.

Oberbürgermeister Leinert zurückgetreten.

Wie uns ein Drahtbericht aus Hannover meldet, erklärte Oberbürgermeister Leinert in der gestrigen Sitzung der städtischen Kollegien seinen Rücktritt. Ueber die Vorgeschichte, die zu diesem Schritt des Genossen Leinert führte, wird uns aus Hannover mitgeteilt:
In Hannover wurde Anfang 1919 unter Beteiligung der Stadt Hannover, der Handelskammer, der Handwerkskammer und der Gewerkschaften die hannoversche Wirtschaftsgenossenschaft (WZ) gegründet, deren Aufgabe es war, die hannoversche Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs (Textilwaren, Bedarfswaren usw.) billig und gut zu versorgen. Dieses Unternehmen hat sich im Laufe der Zeit zu einem größeren Betriebe entwickelt. Weil die hannoversche Geschäftswelt aber befürchtete, daß die Genossenschaft ihre Konkurrenz machen würde, gab es einen Sturm gegen die WZ. Der Magistrat unterstützte die Wirtschaftsgenossenschaft durch Vergabe von 20 Millionen Darlehen, ohne daß für die Bewilligung dieser Gelder die städtischen Kollegien in Anspruch genommen wurden. Es handelte sich sehr darum, die nachträgliche Bewilligung dieser Gelder zu erlangen. Der Magistrat hat also nachträglich um Bewilligung der Summe.

Die Angriffe, die hierbei gegen den Magistrat erhoben worden sind, wurden in der gestrigen Sitzung von Leinert und von anderen Magistratsmitgliedern, von unseren Vertretern energisch zurückgewiesen und widerlegt. Von den ganzen Angriffen blieb nichts übrig als die eine Tatsache, daß man eben die Konkurrenz in der hannoverschen Geschäftswelt und Handelswelt fürchtete. Entscheidend war die Stellung der Demokraten. Leinert mußte sich in seiner Kommunalpolitik auf die Sozialdemokraten und Demokraten stützen. Die Demokraten klappten nun gestern vor dem vereinten Ansturm der Rechten zusammen. Sie brohten einen Antrag ein, wonach eine besondere Kommission zur Prüfung der Inventur der hannoverschen Wirtschaftsgenossenschaft eingesetzt werden sollte, und wollten die Bewilligung des Darlehens ausgesetzt wissen, während Genosse Leinert darauf bestand, daß die Bewilligung gestern in der Sitzung bereits ausgesprochen werde. Die sozialdemokratische Fraktion wollte dieser Bewilligung zustimmen, weil Leinert die bindende Erklärung abgegeben hatte, daß die Prüfung der Inventur der Wirtschaftsgenossenschaft durch zwei vereidigte Sachverständige der hannoverschen Handelskammer vorgenommen werden sollte. Trotz dieser Zusicherung hielten die Demokraten ihren Antrag aufrecht und unterstützten damit die Politik der Reichtsparteien gegen Leinert. Der Antrag wurde mit 88 gegen 88 Stimmen angenommen, und zwar sind in den 88 Stimmen enthalten die Stimmen der Sozialdemokraten und der Rechtsunabhängigen, während in den 88 gegen Leinert enthalten sind die Stimmen der Deutsch-Hannoverschen Partei, der bürgerlichen Mitte, der Demokraten und der Kommunisten, so daß also rechts und links sich vereint bemüht haben, den Oberbürgermeister zu stürzen.

Der innere Feind.

Ein aufsehenerregendes Urteil wurde von der Erfurter Strofkammer gefällt. Diese verurteilte den Offizierstellvertreter im Reichswehrregiment 21 Pehold „wegen Freigebit vor dem Feinde“ zu einem Jahr Gefängnis und Verleihung in die zweite Klasse des Soldatenstandes, weil er bei den Märzunruhen in Gotha sich heimlich von seinem Truppenteil entfernt hatte.
Wenn man als Begründung des Urteils „Freigebit vor dem Feinde“ liest, so kann man sich nur schwer dem Eindruck entziehen, einem Zirkum zum Opfer gefallen zu sein. Schon im März und den darauf folgenden Monaten des Jahres suchte man Gotha als ein ganz besonders gefährliches „Sparksitzen“ hinzustellen, das der Reichsexekution dringend bedürfe. Wonnaleich der Bürgerkrieg mitunter furchtbarer wütet und unmenntlicher ist als der Kampf zwischen zwei Nationen, die sich im Kriegszustande miteinander befinden, so wirkt es doch geradezu ungeheuerlich, die Angriffe einer überlebten Militärgerichtsbarkeit auf Angelegenheiten, die sich auf deutschem Boden abspielen, mechanisch zu übertragen. Das Erfurter Strafgericht hat der ohnehin wenig rühmlichen Geschichte der deutschen Justiz ein Blatt eingefügt, das noch in früherer Zeit als eine Sensation aus dem nachrevolutionären Deutschland der Rapp-Epoche gezeigt werden wird.

„Etappe Gent.“

Der Verfasser einer Kritikserie „Etappe Gent“ wurde von der achten Staatskammer des Landesgerichts I wegen schwerer Verleumdung des Prinzen Heinrich 37. von Preuß zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In dem Artikel war dem Prinzen Schwelgerei in Gent und leichtfertiges Verhalten vorgeworfen worden, während seine Landesfürden an der Front geblutet hätten. Man sieht, unsere Gerichte können auch anders — nämlich wenn es sich um den Schatz „hochfürstlicher“ Personen handelt.

Der Parteitag von Tours.

Auf dem am Weihnachtsabend beginnenden Jahreskongress von Tours geht die französische Sozialistenpartei ihrer Auflösung entgegen. In zwei Jahren — denn die Kriegszeit zählt hier nicht mit — haben Jaures' Erben dessen Nachlaß verschleudert und zerstört. Die deutschen Unabhängigen tragen aber einen wesentlichen Schuldanteil an dieser Tragödie, denn sie sind es gewesen, die in ihrem Bestreben, die deutsche Sozialdemokratie international zu isolieren, die Annäherung und das Zusammenarbeiten des französischen und des deutschen Proletariats dadurch verhindert haben, daß sie ihnen mit allen bösen Beispielen vorangingen: mit der Verleumdung der S.P.D., mit dem Austritt aus der Zweiten Internationale und mit dem Nachlaufen hinter der Dritten. Die Moskauer brauchten nur das so brillant von der U.S.B. eingeleitete Werk fortzusetzen und zu verabschieden. Aber es muß anerkannt werden, daß auch sie sich dieser Aufgabe grobartig entledigt haben. Heute sind die Rechtsunabhängigen im Ansehen der „Humanität“ seit dem „Merrat“ von Dittmann und Crispian ebenso „unten durch“, wie wir selbst. Noch einst im Mai waren sie die einzigen wahren Sozialisten in Deutschland, denen man den Sieg über die „Konterrevolutionäre“ Scheidemann und Hermann Müller bei den Reichstagswahlen inbrünstig wünschte. Die damals so gefeierten „Sieger“ sind jetzt Genosse „Agenten der Bourgeoisie“ wie wir: es gibt doch eine Gerechtigkeit!
Ueber den Fortgang des Verleumdungsprozesses der französischen Partei zum Kommunismus im letzten Vierteljahr haben wir nur wenig berichten können. Anlaß zu ironischen Betrachtungen hatte er genügend gegeben. Allein die Behandlung der 21 Moskauer Bedingungen, die die „Humanität“ zwei Monate lang einfach totschwieg, um den Propagandafeldzug Cohns und Prossards für den Anschluß nicht zu beeinträchtigen, war für die Geistesverfassung der französischen Neukommunisten kennzeichnend. Als die Wahrheit doch durchsickern begann, erklärte Prossard freierlich, die 21 Punkte nicht zu kennen und nicht kennen zu wollen, und er deutete an, die Behandlung der deutschen U.S.B. durch das Moskauer Exekutivkomitee sei eben strenger als die der französischen Sozialisten. Einer der sogenannten Führer der Moskauer Richtung, Victor Marie, behauptete in allem Ernste in einem Leitartikel der „Humanität“, die 21 Bedingungen seien nur eine Erfindung des menschenwidrig gesinnten Berliner Verleumdertatters dieses Blattes! Und als nun die roboten Kommunisten der Richtung Loriot-Souvarine im Verein mit den über diese Schamhaftigkeit empörten Neukommunisten Düumig, Stöcker und Serrati diesem Treiben ein Ende machten, da entschloß sich die „Humanität“ schließlich doch, die gefährlichen Moskauer Beschlüsse zu veröffentlichen, allerdings noch immer mit allerlei Vorbehalten über deren Unbenutzbarkeit und Gültigkeit für Frankreich! Und nun führt der Neukommunist Daniel Renault in geheimer Mission nach Berlin zu dem damals hier amtierenden Sinowjew, und es wurde von diesen beiden im Hotel „Europäischer Hof“ ein Geheimabkommen abgeschlossen, das — angeblich — einige Mitglieder der 21 Punkte vorschlo. Zwei Wochen lang trug Renault die Gnadenbulle in seiner Tasche und verschuckte nun auf dem Seine-Bezirkstag damit aufzutrompfen; da stellte es sich aber heraus, daß die angeblichen Mitglieder, die der Ponguet-Gruppe die Unterwerfung erleichtern sollten, eigentlich nur die Bestätigung einer Moskauer Beschlüsse bildeten. Aber die erdrückende Mehrheit des Seine-Kongresses war sowieso bereits für den Anschluß durch die rücksichtslos einseitige und demagogische Anschlußpropaganda gewonnen. Diese ganze Propaganda beruht auf einer ungenauen und zweideutigen, die in der Parole gipfelt: Wer den Anschluß bekennt, bekämpft damit auch die russische Revolution (darunter versteht man selbstverständlich die bolschewistische November-Revolution). Die Fragestellung lautet folgendermaßen: Lenin-Cohn oder Wrangel-Millerand?

Mit diesem System ist es gelungen, nicht nur in der Hauptstadt, sondern in den meisten Organisationen der Provinz eine geschlossene erdrückende Mehrheit für die Dritte Internationale zu gewinnen. Nur hier und dort vermochte das „Zentrum“, nämlich die Gruppe Ponguet-Paul Faure, die unentwegt zu laviieren verucht und den Anschluß zwar „grundätzlich“ billigt, die Moskauer Bedingungen jedoch ablehnt, sowie die „Rechte“, nämlich die Gruppe Bracke-Léon Blum-Paul Boncour-Renaudel, die sich nach der Zweiten Internationale zurücklehnt, nennenswerte Abwehrerfolge zu verzeichnen.

Wah überzeugte revolutionäre Klassenkämpfer diese französischen Neukommunisten sind, mag man aus einem einzigen Beispiel erleben. Kürzlich veröffentlichten französische Parteiblätter folgenden Bericht aus der großen südfranzösischen Stadt Montpellier:
„Die hiesige Ortsgruppe der Partei hat sich in ihrer heutigen Sitzung einstimmig für die Anschlußresolution



Cochin-Proffard ausgesprochen. Gleichzeitig beschloß sie ebenfalls einstimmig die Bildung einer gemeinsamen Kandidatenliste mit den (bürgerlichen) Radikalen für die Gemeinderatswahlen.

Man sage nicht, es handle sich dabei nur um einen Ausnahmefall. Bereits auf dem Straßburger Parteitag vor einem Jahre hatte es sich herausgestellt, daß einige der radikalsten Anhänger Vorwärts, und zwar die Delegierten von Lyon und von Toulouse, ähnliche Wahlkompromisse mit den linksbürgerlichen Leuten geschlossen hatten. Freilich, wenn es sich darum dreht, am Ruhhandel am Bürgermeister- und Beigeordnetenposten in Montpellier und Toulouse beteiligt zu sein, dann lockern sich die bolschewistischen Grundzüge in wunderbarer Weise. Aber wenn es sich darum handelt, durch eine Koalition mit republikanischen Parteien das Bestehen des jungen deutschen Volksstaates gegen die Reaktion zu sichern, oder die Einheit des Deutschen Reiches gegen die imperialistischen Mächte der französischen Generäle zu retten, dann sind wir „Sozialverräter“ und „Agenten des Kapitals“.

Wenn man die Vergangenheit der jetzigen Wortführer der kommunistischen Richtung in Frankreich untersucht, dann kommt man erst recht. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, befinden sich alle Führer der einstigen Kinderheit, die mitten im Krieg den Ruf hatten, gegen die Bis-an-Ende-Politik aufzutreten, im Lager der Moskauer-Geaner, Longuet, Bresselmann, Mistral und Merheim an der Spitze. Die meisten unter den heutigen Neukommunisten waren zumindest in den drei ersten Kriegsjahren die fanatischsten Sozialpatrioten. Oder es sind — dort wie hier — Novembersozialisten. Daß Marcel Cachin, der Führer der Moskauer, noch im Juni 1917 nach Rußland fuhr, um die Kerenski-Regierung im Sinne der Fortführung des Krieges zu bearbeiten, ist kürzlich von Kerenski selbst mit vernichtenden Einzelheiten bestätigt worden. Kürzlich wurden auch die stenographischen Protokolle jener Besprechungen der Deputiertenkammer veröffentlicht, die im Dezember 1916 unter der Regierung Briand eintreten worden waren, um zu den Gerüchten über Separatfriedensabsichten der Parleinregierung Stürmer Stellung zu nehmen. Es war Cachin, der damals Briand interpellierte und beschwor, dieses Unglück zu verhindern!

Über ebensowenig wie Montpeller ist Cochin ein Einzelfall. Unter den Führern der französischen Neukommunisten gibt es allerhand eigenartige Gestalten. So der junge Abgeordnete Bailant-Couturier, der täglich die alten Führer der Partei als „Bremser“ und „Ruhmacher der Arbeiterbewegung“ beschimpft und in finsternen Tönen seine Entschlossenheit verkündet, auf den Varricaden zu sterben, und der zu Anfang des Krieges Mitglied der „Action Française“ war und patriotisch-mythische Gedichte an die Jungfrau Maria schrieb, von denen einige durch das Wochenblatt Renaudels, die „Die Socialiste“ als Musterbeispiele „extremistischer Literatur“ wieder ans Licht gezogen wurden. Oder der Auslandspolitiker der „Humanité“, Paul-Louis. Während des ganzen Krieges, ja bis zum Herbst 1919, war Paul-Louis Mitglied des Clemenceau-Ministers Jean Duruy. Als solcher war er Vertrauensmann des Auswärtigen Amtes. Do müssen wir doch fragen: wieviel sympathischer erscheint uns die Haltung von Renaudel und Thomas, die uns zwar im Kriege bekämpften, aber sich ehrlich bemühen, die Wahrheit zu erforschen, ihre Ansichten zu revidieren, ihre Vorurteile niederzukämpfen!

Freilich die französische Reaktion ist jetzt mehr denn je außer Dinge. Mag sie sich noch so sehr vor dem fernen bolschewistischen Rußland fürchten, vor dem Bolschewismus in Montpeller braucht sie nicht zu zittern. So traurig für den gesamten internationalen Sozialismus das Schicksal der Partei Naurès an sich auch sein mag, das geistige und materielle Schwergewicht der europäischen Arbeiterbewegung liegt weiterhin in Moskau noch in Tours, sondern bei der englischen Labour Party, bei der deutschen Sozialdemokratischen Partei und bei der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

## Die Sowjet-Konzessionen.

Das Kompromiß mit dem Kapitalismus.

In der „Kommunistischen Internationale“ unternimmt es Karl Radek, die Auslieferung Rußlands an den ausländischen Kapitalismus zu rechtfertigen. Er erklärt, die Situation habe sich dadurch anders herausgestellt, als die Bolschewisten sich vorgestellt hatten. „Daß die Weltrevolution nicht als Explosion, sondern als Zerstückung, also als langer Prozeß die kapitalistische Welt überwindet“. Es sei nicht damit zu rechnen, daß eine spontane Massenbewegung die Clemenceau, Lloyd George und Wilson zum Teufel jage. Es handle sich, Radek wiederholt es, um einen langen Prozeß, und darum müsse Sowjetrußland einen modus vivendi mit den kapitalistischen Staaten eingehen. Rußland könne nicht immer Krieg führen, und so laute die Frage: „Sozialistischer Aufbau im Rahmen eines einseitigen Kompromisses oder Krieg ohne jeden wirtschaftlichen Aufbau.“ Diese Frage des wirtschaftlichen Kompromisses sprele schon seit dem Frühjahr 1918, damals habe der amerikanische Oberst Robert Vorwärts über wirtschaftliche Konzessionen von Moskau nach Washington mitgenommen, und zu gleicher Zeit habe Bronski, Gehilfe des Volkskommissars für Handel und Industrie, Vorschläge für die Zusammenarbeit Sowjetrußlands mit dem deutschen Kapital gemacht. Radek sagt schließlich:

Solange in allen wichtigsten Staaten das Proletariat nicht gefügt hat, solange es nicht in der Lage ist, alle Produktionskräfte der Welt zum Aufbau zu gebrauchen, solange neben proletarischen kapitalistischen Staaten existieren, so lange werden sie genötigt sein, Kompromisse zu schließen, so lange wird es weder einen reinen Sozialismus, noch einen reinen Kapitalismus geben, sondern territorial voneinander abgegrenzt, werden sie sich auf den eigenen Staatsgebieten Konzessionen machen müssen.

Radek proklamiert hier also eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Er kommt zu diesem Ergebnis aus der Erkenntnis heraus, daß der Weltkapitalismus nicht von heute auf morgen zu überwinden ist. Diese Erkenntnis ist zweifellos richtig, aber ist sie nicht stark „reformistisch“ und „sozialverräterisch“? Kann man noch von einer „kompromißlosen Arbeiterbewegung“ reden, wenn man selber die Notwendigkeit der Kompromisse betont?

Auf diese Weise wären doch Kommunismus und Sozialdemokratie nur noch zwei verschiedene Methoden, mit dem Kapitalismus Kompromisse zu schließen, und es wäre nur noch zu unterfragen, welche von beiden die bessere ist. Die deutschen Arbeiter werden sicher nicht gewillt sein, den deutschen Kapitalismus bloß zu dem Zwecke totzuschlagen, um den amerikanischen, englischen und französischen Kapitalismus auf deutschem Boden und der deutschen Konkurrenz zu befreien. Das ist nicht der Weg zum Sozialismus, daß ein Volk jeden Einfluß auf den Kapitalismus im eigenen Lande verliert, daß Wald-Gruben, Fabriken in den Vögeln von Ausländern geraten. Eine „revolutionäre“ Politik, die zu solchen Resultaten führt, läßt sich etwas weniger großzügig aufzutreten, und in Zukunft nicht mehr jeden als „Sozialverräter“ zu beschimpfen, der sich erlaubt, von ihrer Wichtigkeit nicht ganz überzeugt zu sein.

## Sein Weihnachtsruf.

Korntat Eicherich hat an die Mitglieder seiner Organisation einen Weihnachtsgruß gerichtet, der von der reaktionären Presse mit Schreien abgedruckt wird und in dem es heißt:

Das erste Jahr unserer gemeinsamen Tätigkeit geht zur Reize. Viel haben wir schon erreicht, weit mehr steht uns noch zu leisten bevor. Wir stehen vor den Trümmern unserer Weltmachstellung, vor den Trümmern fast jeder Autorität, vor den Trümmern des alten Staates, und sind in unserem Dasein als Volk bedrückt. Und doch vertragen wir nicht, sondern wollen mit vollster unser Gesicht neu gestalten. Dazu heißt es alle Kräfte zusammenschließen und sie zielbewußt einsetzen.

Weiter wird in dem Weihnachtsgruß auf die Notwendigkeit des Zusammenchlusses „ohne Rücksicht auf Partei und Stand“ (gilt das auch für Arbeiter? Frage der Red.) hingewiesen, um jeden gewalttätigen Umsturz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Weiter wirbt der Aufruf um die Jugend in der richtigen Erkenntnis, daß wer die Jugend hinter sich weicht, die Zukunft für sich hat. Der Aufruf schließt mit der Versicherung, die Organe werde nicht unterliegen, möge man sie noch so sehr bekämpfen.

Der Weihnachtsgruß Eicherichs ist an sich völlig belanglos und unterscheidet sich kaum von Brüdern seines Schlages. Deshalb wir von ihm Notiz nehmen, ist das absolute Siegesbewußtsein, mit dem die konterrevolutionäre Organisation Eicherich ihren Willen zum Leben betont. Die Einigkeit der deutschen Republik, deren Förderung angeblich auf den Bahnen der Drach steht, wird in Wirklichkeit solange nicht zu erzielen sein, solange die Arbeiterkraft mit berechtigter Erbitterung gegen derartige Stützen und Schlupfwinkel der Reaktion erfüllt ist, wie sie die Eicherich-Organisation — trotz der gegenteiligen Versicherungen ihres Gründers — nun einmal darstellt.

## Sozialdemokratie und Einwohnerwehren.

Im bayerischen Landtage verlangten die sozialdemokratischen Parteien das sofortige Erscheinen des Ministerpräsidenten v. Kahr, damit dem Hause noch vor dem Eintritt in die Weihnachtsferien die Regierung über den gegenwärtigen Stand der Einwohnerwehrrfrage und die daraus sich ergebende politische Lage gemacht werden. Demgegenüber erklärten sämtliche Reaktionsparteien, daß die Einnahme der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehrrfrage hinreichend bekannt (1) und daß die Angelegenheit zurzeit eine in der Schwebe befindliche Reichsangelegenheit (mit einem Ruck! Anm. d. Red.) sei, in die eingegriffen gegenwärtig nicht angebracht erscheine. Es wurde daher mit Mehrheit beschlossen, auf das Erscheinen des Ministerpräsidenten zu verzichten.

## Teure Jagden, billige Domänen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine Note über die Pachtpreise für Gemeindegelände; darin stellt sie fest, daß trotz der Zunahme der Wildbeute, unter der die Gemeindegelände ganz erheblich gelitten hätten, die Pachtpreise ins Riesenhafte gestiegen seien. Die Zeitung schreibt:

„So wurde z. B. die Gemeinde- und Gutsjagd von Vordorf in der Mark jetzt für das Göttingerbot von 43.500 M. verpachtet, obwohl diese Jagd nur 6500 Hektar umfaßt.“

Das ist ein Pachtpreis für den Morgen von 6,70 M., wohlgeachtet für die Zubereitung der Jagd! Und die Jagd ist heutzutage ein sehr kostspieliges Vergnügen wegen der teuren Fährten in das Jagdgebiet und der ebenfalls erheblichen Kosten für die Jagdausübung.

Im schärfsten Gegensatz zu den teuren Kosten für die Jagden stehen die billigen Pachtpreise für die Domänen. Durchschnittlich betragen die Pachtpreise für die Domänen in Preußen rund 12 M. für den Morgen. Es gibt auch Domänen, die von diesem Preise herunter bis zu nur 2 M. für den Morgen bringen. Im Gegensatz zu der Pachtpreise für die Domänen verbilligen sich die Pachtpreise für die Domänen bis ins mikroskopisch Kleine infolge der hohen Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aller Art und durch die weitere Verpachtung der Domänen an die Kleinpächter zu Pachtpreisen bis zu 200 M. für den Morgen. Diesem unerschütterlichen Zustand will das Landwirtschaftsministerium nicht länger zusehen und hat im Interesse der Staatsgemeinschaft den Gehörwunsch über die Selbstbewirtschaftung der Domänen eingebracht, sich damit im Parlament aber immer noch auf einigen Widerstand. Aus der hier behandelten Tatsache möge man ersehen, wie dringlich die schnelle Erledigung des Gesetzes durch die Landesversammlung ist.

Ein illustres Volk weilt in Berlins Mauern: Herr Rudolf Sommer, der in den habeburgischen Parteilagen in der Schweiz eine erkleckliche Stelle spielt. Das republikanische Deutschland darf keinen Raum für die Verpflanzung derartiger Treibereien auf sein Gebiet haben.

## Franc Marc zum Gedächtnis.

Unter den jungen Malern ist kaum einer gewesen, der sich mit gleicher Inbrunst der neuen Kunst ergeben, aber auch kaum einer, der so schnell in seiner Art Vollendetes geschaffen hat, wie Franc Marc. Sein Verlust — er starb am 4. März 1916 vor Verdun — ist besonders schwer zu beklagen. Als sein Vermächtnis aber mögen uns seine „Bilder, Aufsätze, Notizen und Aphorismen“ gelten. Die zusammen mit seinem letzten Skizzenbuch (eben bei Paul Cassirer veröffentlicht worden. Ein wunderbar reiner und allen gestrigen Problemen nachsichtiger Mensch spricht aus diesem Werke, das uns in seine intime Welt in das Schaffen dieses Malers gewährt. Dies Buch wird einmal zu den Dokumenten der neuen Kunst gehören. Wir geben aus den 100 Aphorismen, die Marc im Felde schrieb, einige wieder, die besser als alle Kommentare den Menschen wie den Künstler offenbaren.

Es ist unglücklich, wie wenig die Menschen von heute aus Mäßen lernen. Warum schaffen sie Kunst, wenn sie nicht daraus lernen wollen? Und sie könnten alles daraus lernen, nämlich das Eine. Große, daß es keine große und reine Kunst ohne Religion gibt, daß die Kunst des Künstlers war, je religiöser sie gewesen (und um so künstlicher, je unreligiöser die Zeit war). Auch haben die vollkommen recht, die sagen, daß echte Kunst mit unserer wissenschaftlichen und technischen Zeit unvereinbar ist, — nur glaube ich, irren sie, wenn sie denken, daß die Kunst sterben wird.

Die Weltgeschichte hat ihre immanenten, vor dem Menschenauge sorglich verheimlichten Gehege, die erst der prometheische Mensch des 18. und 19. Jahrhunderts zu enträtseln begann, als er mit seiner ebenen Wissenschaft den Gesetzen der Natur auf ihren Schleichwegen folgte.

Unser Wissen verdingt sich am ersten in den Dingen, in unserer Menschlichkeit am letzten Augen; man begann mit den Sternen und Zahlen, um heute endlich die Wissensformel gegen den Menschen selbst zu lehren.

Alles, das Größte ist heute in den Anfängen.

Der schaffende Mensch ehrt die Vergangenheit dadurch, daß er sie ruhen läßt und nicht von ihr lebt. Die Tragik unserer Väter ist es ja, daß sie wie Alchimisten Gold machen wollten aus ehrwürdigem Staub. Sie verloren ihr „Vermögen“ dabei. Sie durchwühlten so viele Kulturen, daß ihnen das naive Vermögen, eine eigene Kultur zu gestalten, verloren ging.

Wie schön, wie einzig trübsalig zu wissen, daß der Geist nicht sterben kann, unter keinen Dualen, durch keine Verleugungen, in keinen Wüsten.

Dies zu wissen, macht das Fortgehen leicht.

Ich singe mit Nombert:

„Nur einen Flügel Schlag möcht' ich tun,  
Einen einzigen!“

Märkischer Wein. Für wen wächst jetzt der deutsche Wein, den unsere Dichter so preislich belungen haben? Kauflich für die Schieber, die 40 und 50 und 100 M. für die Faße zahlen. Die anderen mögen sich an die Dichter halten, da kostet er gar nichts. (Die Sorten für 20—30 M. aber überlassen wir — wenigstens in Berlin —, wie den Himmel, den Engeln und den Engeln.) Gibt es aus dieser Lage keinen Ausweg, fragen die Patrioten mit Besorgnis, indem sie sich an all die schönen Sprüche erinnern (von Wein, Weib und Weisung angeschlossen), ohne die man schließlich keine Rede halten kann. In der „Mitt. Btg.“ glaubt jemand einen gangbaren Weg entdeckt zu haben: man vermehre den Weinbau.

In der deutschen Kulturgeschichte ist in der Tat vermerkt, daß früher in deutschen Gegenden Wein wuchs, die uns heute einiges Gruseln erregen, wenn wir sie uns als Weinspender vorstellen. In der Neuen europäischen Staats- und Reisegeographie von 1755 werden viele Weinbauende Orte in der Mark aufgeführt, so Berlin, Potsdam, Werder, Spandau, Jossen, Leupst, Drossen, Jüdisch und andere. Und der alte Gelehrte Jobst berichtet in seiner bereits 1572 erschienenen Geschichte der Mark Brandenburg: Die Mark hat viel Weinwuchs, besonders in der Mittelmark, um Brandenburger, Berlin und Kölln, Frankfurt, z. B. Oder, Drossen, im Lande Sternberg, Beeskow und in Krossen. Ja, bereits in einer Urkunde von 1178 wird ein Weinberg bei Brandenburger erwähnt. Bei Rathenow bestanden sich ausgedehnte Weinberge; noch um 1615 verbot der Kurfürst, diese in Kartoffelfelder umzuwandeln. In Berlin selbst, mitten im Zentrum der Riesenhadt, erinnern nach Straßennamen, wie Weinbergweg und andere, an den einst geblühten Weinbau. Der Weinbau verschwand dann aus der Mark zwischen 1630 und 1750.

Warum der Weinbau hier und im übrigen Deutschland eingestellt wurde, ist nicht ganz deutlich. An Klimaänderungen braucht man kaum zu denken, eher an Geschmacksänderungen (Vorlieben von Bier und Branntwein) und höhere Rentabilität des Kartoffelzubaues usw.

Die Sonne des Südens kann uns viel trinkbareren Wein beschicken als die Mark Brandenburg und je liefern wird. Eine Wiederherstellung des deutschen Ansees am Weinhandel würde von der „Neufürstener Ausgabe“ und dem „Spandauer Ratwein“, von dem die „Mitt. Btg.“ soziale Erleuchtung erwartet, gnädig bewahren.

Schauspieler-Kapitalismus. Stefan Grohmann stellt in einem temperamentvollen Aufsatz: „Der Kapitalismus der Talente“ in seiner Wochenchrift „Das Tagebuch“ fest, wie sehr sich die künstlerische Arbeitsleistung gerade der namhaftesten Bühnenkünstler vermindert hat. „Die viele Rollen hat der Künstler Albert Bassermann im Laufe des endenden Jahres studiert? Den Tell und die vorrechte Dichtung von Hans Müller. Wie viele Rollen hat Friedrich Schiller, gewiß einer der reinsten Künstler Deutschlands, in diesem Jahre neu gelernt? Er hat den Otho, den Paul Lange, den Lebensbürger in Strindbergs „Nach Damaskus“, die er schon früher einstudiert hat, wiedergeliebt. Was hat Lucie Höplich neu geliebt? Die Griseldis und die Maria Stuart, im

Sommer dann noch einen ihr nicht angemessenen amerikanischen Reiter. Eine Stimme, wie die der Claire Dug, arbeitet sich allabendlich im Metropolitantheater ab. Frau Kossary lernt die eine Operettenpartie und hofft, damit 200 bis 300 Abende lang auszukommen. Fragen Sie Leopoldine Konstantin, ob sie im Jahr mehr als zwei oder drei neue Rollen lernt. Erundigen Sie sich bei Paul Wegener, bei Emil Jannings, bei Theodor Loos, wie viel künstlerische Schöpfungen jeder von ihnen in einem Theaterjahr hervorbringt, und Sie werden erschrocken sein. Vergleichen Sie das mit Rittner, Kainz, Winterwanger in einem Jahr freudig geschaffen haben. Sie fanden im Repertoire, sie spielten Schiller und Ibsen, Grillparzer und Hauptmann, Sardou und Lubliner. Das Theater war eine Gelegenheit, dauernd die gärende Brust durch schaffende Arbeit zu erleichtern. Das ist das Schlimmste an dieser kapitalistischen Verleumdung der Künstler: Das Theater ist nicht mehr das Ventil einer Seele. Früher lebte ihr, um zu spielen, jetzt spielt ihr nicht einmal mehr, um zu leben.“

Die hypnotisierte Summe. Ganz zufällig ist der Bibliothekar der Londoner Zoologischen Gesellschaft darauf gekommen, daß man Hummern hypnotisieren kann. Er beschäftigte sich mit einigen dieser Tiere und ließ dem einen dabei mit der rechten Hand einige Male über den Rücken, worauf die Hummer immer ruhiger und schließlich ganz starr wurde. Er tat dann dieses Experiment des öfteren vor sich. Man nahm bei den Versuchen eine besonders lebhafte und ungebärdige Hummer aus dem Korb irgendeines Fischhändlers, so daß jede vorherige Behandlung des Tieres ausgeschlossen war. Der Hummer-Hypnotiseur führte dann auf dem schwarzen gepanzerter Rücken des Tieres einige rhythmische Din- und Herbewegungen mit der Hand aus. Sofort wurde das Tier stiller, strich die vorher zusammengezogenen Schwanz aus und legte sich hin. Nach einer zwei Minuten langen leichten Massage des Rückens mit den Spitzen der Finger geriet das Tier in einen vollkommenen „Trance-Zustand“ und ließ sich auf den Kopf stellen, so daß es mit der Nase und den beiden Scheren als Stützpunkten unbenommen aufgerichtet fünf Minuten lang dastand. Als dann die Hypnose nachließ, wurde aus der Hummer wieder allmählich das aufgeregte und ungebärdige Tier, das es vorher gewesen war.

Theater. Hans Riese hat im Thalia-Theater ihr Gastspiel am 10. Abende verlängert; die Konjunktin tritt als „Kochkellnerin vent“ weiter auf.

Traberer Streit! In den Berliner Theatern. Wegen Rechtschaffenheit eines rühmlichen Vorfalls ist ein Streit in den Staatstheater (Burgtheater und Staatoper) in Sicht.

Der Berliner Volkstheater (Dirigent Dr. E. Jander) veranstaltet Sonntag 7. Uhr und Montag 7. Uhr in der Maximalen Volksoperkonzerte. Zum Sonntagkonzert sind noch Einladungen an der Abendkasse zu haben.

Nach ein Sowjetrußland. Helm Gollitzer, der mit Erlaubnis der Sozialregierung Rußland besucht hat, will sehr glücklich in der „Neuen W. W.“ veröffentlicht. Hoffentlich wird sie nicht so kritisch wie die des Herrn Goldschmidt.

Rundfunk. Das milde Wetter hat die Vermählung der Nationalgalerie veranlaßt, sie von Mittwoch ab wieder dem Volk zu öffnen.



# Groß-Berlin

## Ein Schauspieler unter Mordverdacht.

### Geheimnisvoller Leichenfund in der Blücherstraße.

Ein Leichenfund, dem wahrscheinlich ein Verbrechen zugrunde liegt, wurde heute mittag in der Blücherstraße gemacht. Hier wohnt in dem Hause Nr. 49 im Erdgeschoß am Hof in einem möblierten Zimmer ein 25 Jahre alter Schauspieler Hermann Aliey, der an einem hiesigen Theater in kleinen Rollen auftritt. Der junge Mann ist anormal veranlagt und brachte öfter Briefchen mit in seine Behausung, die vom Flur zugänglich ist.

Gestern schrieb Aliey einem seiner Freunde einen Brief, in dem er ihn bat, ihn bei der Beiseiteschaffung einer Leiche zu unterstützen. In seinem Zimmer liege die Leiche eines Mannes, die er auf die Straße hinausbringen wolle, damit es in dem anständigen Hause kein Aufsehen gebe. Als der Freund heute diesen Brief erhielt, ging er sofort zur Polizei. Beamte der Augustwache begaben sich nach dem Zimmer des Aliey und fanden dort die Leiche eines jungen Mannes in feldgrauer Uniform mit roten Aufschlägen und blauer Mütze. Sie lag auf dem Rücken vor dem Bett. Um den Kopf war ein Tuch gewickelt und mit Striden befestigt. Von diesem Band wurde die Kriminalpolizei in Kenntnis gesetzt. Aliey erklärte Kriminalkommissar Hoppe mit Beamten der Nordbereitschaft und der Leiter des Erkennungsdienstes, Kriminaloberkommissar Dr. Schneider.

Wie Aliey erzählte, traf er in der Nacht zum Sonntag um 14 Uhr vor seinem Hause einen ihm unbekanntem Soldaten, der ihn fragte, ob er noch mit der Straßenbahn nach Potsdam kommen könne. Als er ihm erwiderte, daß nach Potsdam keine Straßenbahn fahre, bat ihn der Soldat, ihn bei sich übernachten zu lassen. Dieser Bitte entsprach er. Der Soldat legte sich ins Bett, während Aliey sich auf einen Stuhl setzte. Am Sonntag früh nahm der Soldat im Bett liegend plötzlich seine Pistole und schoß sich eine Kugel in den Kopf. Aliey verband ihm den Kopf mit dem Tuch, um eine Verblutung zu verhindern, der junge Mann starb aber bald. Um Aufsehen im Hause zu vermeiden, bekleidete Aliey, wie er behauptet, die Leiche wieder mit den Uniformstücken, weil er gleich den Plan hatte, sie sobald als möglich nach der Straße zu schaffen. Weil er das allein nicht konnte, bat er seinen Freund um Hilfe. Diese Darstellung erscheint nicht glaubwürdig. Aliey wurde deshalb vorläufig festgenommen und nach dem Vollzeugschloß gebracht. Die Untersuchung der Leiche und die Ermittlungen im Hause sind noch nicht abgeschlossen.

## Die Kohlenkrise behoben.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, sind die größten Gefahren in der Belieferung der Städtischen Gas- und Kraftwerke überwunden. Der Reichskohlenkommissar hat bereits Anfang Dezember Maßnahmen getroffen, um eine gänzliche Stockung der Lieferungen für Berlin zu vermeiden und eine Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe zu sichern.

Es ist sehr gelungen, Berlin wenigstens bis Anfang Januar zu sichern. Eine Umfrage bei den Elektrizitäts- und Gaswerken ergab, daß in den letzten beiden Tagen größere Kohlentransporte angekommen sind und daß die Reserven der Werke wieder so auffüllbar werden konnten, daß die Herstellung von Gas und elektrischem Strom über die Feiertage hinaus gesichert ist.

## Umsteigeverkehr und 1-Mark-Tarif.

Die Verwaltung der Städtischen Straßenbahn berät gegenwärtig über die verschiedenen Reformen, die in dem Betrieb vorzunehmen sind. Dazu gehören in erster Linie eine Umsteigepflicht innerhalb des Straßenbahnnetzes. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Plan in der Verkehrsdeputation eine Mehrheit finden wird. Man will durch die Einführung von Umsteigepflichten die Rentabilität des Straßenbahnunternehmens heben. Dagegen sind die leitenden Personen in der Verwaltung der Straßenbahn nicht gewonnen, den angeregten Tarifreformen wieder einzuliegen. Man verspricht sich davon keine wesentliche Erhöhung des Verkehrs, glaubt vielmehr, daß das Unternehmen dann unrentabler werden und eine weitere Erhöhung des Fahrpreises stattfinden müßte.

Ueber die Frage, ob der Straßenbahntarif auf eine Mark erhöht werden muß, ist noch nicht endgültig entschieden worden. In der Verwaltung der Straßenbahn glaubt man, mit dem 80-Pfennig-Tarif weiterhin auskommen zu können, aber die städtische Verwaltung hat sich für die Einführung des 1-Mark-Tarifes entschieden. Ob er in der Höhe kommen wird, hängt wesentlich von dem Schicksal ab, das die neuen Steuerentwürfe des Magistrats in der Stadtverordnetenversammlung erfahren werden. Auch ist kein Zweifel, daß alle Projekte des Stadtkammerers eine Mehrheit vorfinden.

## „Hoffnung auf Segen.“

Die Hauseigentümer rüsten sich bereits zu der Entschloßung, die von einer weiteren Dinaufsetzung des Höchstmietbetrags zu erwarten haben. Sobald diese Forderung, die sie durch unermüdete Agitation unterstützen, ihnen erfüllt ist, werden sie zu weiteren Mietsteigerungen schreiten.

Wer ein geschäftlich tätiger Hauseigentümer ist, kündigt vorzuziehend die zum 1. April 1921 abzulaufenden Mietverträge, noch ehe er weiß, ob es wirklich zu einer Höchstmietenerhöhung kommt. So hat in Berlin die Holzgroßhandelsfirma Van Franke seine als Eigentümerin des Hauses Rantaustraße 60 an Mieter folgenden Brief vom 17. Dezember versandt:

„Zum Zweck der Steigerung auf die demnächst festzusetzende Höchstmietgrenze kündigen wir Ihnen hierdurch den bestehenden Mietvertrag zum 1. April 1921.“

Beigefügt war eine von 8. Dezember datierte Mitteilung des Mietminderungsamts 10 auf gedrucktem Formulare:

„In der Mietfrei-fache Franke kontra (folgt Name des Mieters) ist dem Vermieter auf seinen Antrag die Zustimmung zur Kündigung durch einseitige Anordnung gemäß § 7 R. G. B. vom 23. September 1918 in Verbindung mit § 8 R. G. B. vom 23. September 1918 erteilt worden. Sie erhalten hiermit Kenntnis mit dem Bemerkung, daß über den Antrag endgültig in einem noch anzubereitenden Termin entschieden werden wird, zu dem Sie werden geladen werden.“

Einer der Mieter sagt uns, daß ihm diese Mitteilung unverständlich sei, weil er bisher von einer gegen ihn schwebenden „Mietfrei-fache“ keine Kenntnis gehabt habe. Er fragt, ob Mietminderungsämter im abgekürzten Verfahren nur unter Beihilfe des Hauswirts diesem die Zustimmung zu einer Kündigung geben.

Unseres Erachtens hat das Mietminderungsamt nicht danach zu fragen, ob eine Erhöhung des Höchstmietbetrags erwartet wird oder nicht. Es hat alsobald einen Termin anzu setzen, damit der Mieter einen neuen Vertrag schließen kann und die Sorge um etwaige Beschaffung einer anderen Wohnung von ihm genommen wird. Dabei darf selbstverständlich die zu dem betreffenden Zeitpunkt geltende Höchstmietgrenze nicht überschritten werden.

## Der falsche Gerichtsassessor.

In den einträglichsten Schwindeleien gehören die Schlegungen mit den vielfältigen Aus- und Einflüßelungen an. Einen ganz neuen Weg, um sich in den Besitz von Formularen zu setzen, hat ein Gauner eingeschlagen, der jetzt von den Kriminalhöfen gefoltert wird. Er erhielt ein Inserat, daß ein großes Unternehmen im Auftrag des Generaldirektors einen jüngeren Juristen suche. Es handelte sich um eine gutbezahlte Lebensstellung. Besonders verlockend für die Bewerber war außerdem die Mitteilung, daß eine möblierte Dreizehnzimmerwohnung zur Verfügung gestellt werden könne. Die Bewerbungen waren zahlreich. Wie verlangt war, sandten alle Bewerber ihren Lebenslauf und beglaubigte Abschrift ihrer Zeugnisse ein. So erhielt der Jurist viele Schriftstücke, die ihm zur Ausführung des geplanten Schwindels dienen sollten. Am besten gefielen ihm wohl die Papiere eines Gerichtsassessors a. D. Keller. An diesen bewarb er sich um die Stellung als Hilfsarbeiter beim Reichskohlenkommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen und erhielt sie auch. Der neue Hilfsarbeiter arbeitete einige Wochen auf seinem Posten, blieb dann plötzlich vom Dienste weg und ließ nichts mehr von sich hören noch hören. Bevor man nach ihm herbeigelaufen aufgefahret hatte, erlitten nämlich auch der richtige Gerichtsassessor a. D. Keller auf dem Reichskohlenkommissariat. Jetzt mußte man, was für eine Verbindung es mit dem verschwundenen Hilfsarbeiter hatte. Der Schwindler hatte sich ohne Zweifel mit den Papieren des Assessors nur eingehalten, um sich während seiner Beschäftigung Vordrucke und andere Sachen, die für die Ein- und Ausfuhr wichtig sind, heimlich anzueignen. Jetzt wird er verurteilt, die gestohlenen Papiere entweder selbst anzukündigen oder durch Verkauf zu Geld zu machen. Wer über seinen Verbrechen, seine Persönlichkeit und seine Absichten etwas weiß, wird ersucht, dem Reichskohlenkommissar in der Berliner Kriminalpolizei Mitteilung zu machen. Der Schwindler ist mittelgroß und sehr schlau, hat blondes Haar, einen Anzug von Schurwollen und Karetten. Ein besonderes Kennzeichen ist ein Loch hinter dem linken Ohr, das von einer Mittelohroperation herührt.

Bei der gestrigen Demonstration der Arbeitslosen vor dem Rathaus hat auch der bekannte Arbeiterzeitung Syll wieder eine Rolle gespielt. Der Verband der Maschinen- und Heizer wendet sich gegen die Ansicht, daß Syll der Führer der Berliner Elektrizitätsarbeiter sei. Syll ist aus dem Verband der Maschinen- und Heizer ausgeschlossen und kommt daher für irgendwelche führende Stellung bei den Elektrizitätsarbeitern nicht in Frage.

Wichtiges Porto zu Weihnachten und Neujahr für Bildpostkarten. Der „Schnelldienst“ für die Postkartenindustrie E. V. macht darauf aufmerksam, daß zu Weihnachten und Neujahr zum Traktandenporto von 10 Pf. Ansicht- und Bildpostkarten, Postkarten mit landwirtschaftlichen Aufnahmen versandt werden können, die den Namen, Stand, Wohnort, noch Wohnung des Absenders sowie außerdem höchstens fünf Worte enthalten dürfen, in denen gute Wünsche, Glückwünsche oder andere Höflichkeitsformeln zum Ausdruck gebracht werden.

Störungen im Fernsprechnetz. Infolge der Witterungsbeeinträchtigung ist der Fernsprechnetz Berlin mit Frankfurt a. M., Stuttgart und München erheblich beeinträchtigt.

Die Neue Kondensmilch. Der Verein gegen das Verfälschungswesen teilt mit: Das Bundesgericht beim Landgericht 1 Berlin verhandelt am 6. Januar gegen Karl M. Reizler und Genossen. Reizler wird beschuldigt, als Assessor der Reichsstelle für Preisfestsetzung gemeinsam mit dem Potsdamer Stadtkämmerer Fritz Domke durch Verrechnung 20000 Liter kondensierte Milch verkauft zu haben. Der Fall gibt ein lehrreiches Bild für solche Vorgänge.

Weihnachtsausstellung im Schöneberger Rathaus. In der Ausstellungshalle des Schöneberger Rathauses findet in der Zeit vom 23. bis 31. Dezember täglich von 4½ bis 6½ Uhr eine Weihnachtsausstellung statt. Es werden zunächst die Transparentbilder der Berliner Künstler A. V. Wolf, Kampf, Max Koch, Hans Meyer u. a., die vor langen Jahren einmal an anderer Stelle gezeigt waren, vorgeführt werden. Außerdem bietet die Veranstaltung eine Auswahl von erlesenen Reproduktionen nach Gemälden aller Zeiten dar, die das Weihnachtsfest behandeln. Die Stadt Schöneberg ist vor kurzem durch eine kunstfreundliche Stiftung in den Besitz einer überaus wertvollen und reichhaltigen Sammlung gelangt, von der Teile hier zum ersten Male der Öffentlichkeit gezeigt werden.

Die von Frau Tieleman angeregte Sammlung für zehn bedürftige Karacitallkinder resp. deren Familien hat folgende Beträge erhalten: E. 40.—, S. 100.—, A. 1000.—, R. 20.—, J. 100.—, A. 150.—, A. 300.—, A. 10.—, A. 20.—, Th. 30.—, B. 50.—, S. 100.—, Sammlung aus einer Weihnachtsfeier der S. D. und Beginn am 27. Oktober 1920. Veranlassung durch die S. G. 150.—, um 120. aufammen 2500.—, Karl, Karl Wiener, Karacitallkommission für Berlin-Brandenburg, Charlottenburg, Thuringer Allee.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 23. Dezember:

14. Kreis (Kreuzberg). Die verheirateten arbeitslosen Funktionäre werden ersucht, sich bis Donnerstag mittag bei ihrem Abteilungsleiter zu melden. Am Falle der Veränderung gemäß das Erscheinen der Ehefrau. Spätere Meldung zwecklos. Der Kreisvorstand.

## Gewerkschaftsbewegung

### Sozialisierter Betrieb im Töpfergewerbe.

Eine stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Berlin des Zentralverbandes der Töpfer hatte als Tagesordnung: „Wie ist die Sozialisierung in unserem Berufe praktisch durchzuführen.“ Kemnig gab zunächst einen Rückblick. Eine von der Mitgliedschaft vor Jahresfrist gewählte „Sozialisierungskommission“ ist über theoretische Verhandlungen und Versuchsarbeiten nicht hinausgekommen. In den letzten Monaten hat man von dieser Kommission überhaupt nichts mehr gehört. Die Verwirklichung der angenommenen Anträge auf Einführung der eigenen Regie durch die kommunalen Behörden stößt auf großen Widerspruch selbst bei einzelnen Parteigenossen in der Stadtverwaltung. Eine größere Anzahl von Kollegen fand sich schließlich zusammen, um zu beraten, wie man weiter komme. Hierbei herrschte darüber, daß man sich zusammenschließen müsse, um einen sozialisierten Betrieb zu gründen, der in Konkurrenz mit dem in unserem Berufe existierenden Kleinmeisterum treten muß. Durch Ausführung heiztechnischer einwandfreier Arbeit, durch billigere (weil der Profit der Unternehmer wegfällt) und dabei doch gute Arbeit muß sich ein solcher Betrieb bald durchsetzen. Die Kollegen ließen sich von verschiedenen Seiten Vorträge halten und kamen schließlich zu der Ansicht, daß der Gedanke des Diplomingenieurs Dr. Martin Wagner für unseren Beruf am passendsten ist. Die 50 beteiligten Kollegen, die sämtlich sich mit größeren Mitteln beteiligen wollen, sind nun aber zu der Überzeugung gelangt, daß natürlich noch großzügiger gearbeitet werden könne, wenn sämtliche Mitglieder der Filiale Groß-Berlin sich daran beteiligen. Der Vorstand und die Funktionäre haben mit einer Ausnahme diesem Gedanken zugestimmt und unterbreiten nun den Mitgliedern die ganze Angelegenheit. Herr Dr. Wagner, als Referent, schilderte in großartiger Weise die Sozialisierung im allgemeinen und ging dann auf das Töpfergewerbe ein. Er setzte die Ziele des Verbandes soziali-

zierter Handbetriebe auseinander und zeigte die Wege, die eingeschlagen werden müssen, um die Sozialisierung nach und nach durchzuführen. Er begrüßte es, daß auch die Offener dazu übergehen, sich einen sozialisierten Betrieb zu schaffen, und empfahl enge Angliederung an den Verband sozialisierter Handbetriebe.

In der Diskussion traten nur zwei Redner, Kommunisten, dem Referenten entgegen. Sie wurden aber von Kemnig, Segane und Dr. Wagner in glänzender Weise unter dem Beifall der Versammlung widerlegt. Gegen 2 Stimmen wurde beschlossen: „Die heutige Tagung der Filialversammlung beauftragt den Filialvorstand, die weiteren Arbeiten zur Gründung eines sozialisierten Töpfergewerkschaftsbetriebes zu übernehmen, und zwar nach den Grundrissen der Dr. Wagnerschen Bauhütte.“

Kemnig gab sodann bekannt, daß ab 1. Januar 1921, wenn die Meister-Quartalsversammlung zustimmt, der Stundenlohn auf 8 M resp. 508 Pfg. Feuerzulage erhöht wird. Die beiderseitigen Lohnkommissionen haben dem zugestimmt. Durch die Erhöhung werden das Jahrgeld und die Handwerkszeug-Erschädigung abgelöst. Die Versammlung stimmte dem zu.

## Schiedspruch für die Angestellten in der Metallindustrie.

Der Schlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums hat gestern in später Nachstunde einen Schiedspruch gefällt, der den Angestellten in der Metallindustrie eine Erhöhung des Grundlohns um 60 Mark pro Monat unter Beibehaltung des 11prozentigen Teuerungszuschlages zubilligt. Gleichzeitig wurde den Angestellten die Erhöhung der Frauen- und Kinderzuschläge von 60 auf 100 M. bewilligt. Die Arbeitgeber hatten jede Gehaltserhöhung abgelehnt und sich lediglich zu einer Erhöhung der Familienunterstützungen bereit erklärt.

## Vom Reichstarif für die Banken.

Zum Reichstarif im Bankgewerbe stellt der Deutsche Bankbeamtenverein mit, daß sowohl die beiden Angestelltenorganisationen als auch der Reichsverband der Bankleitungen den am 9. Dezember gefällten Schiedspruch angenommen haben. Die Arbeitgeber haben jedoch daran die Bedingung geknüpft, daß es bei den bisherigen Sätzen der Überstundenvergütung verbleibe und daß die Hausstandszulage nur den verheirateten Angestellten bewilligt werde. Der Schiedspruch sieht die Zahlung dieser Zulage auch an solche ledige vor, die als einzige Ernährer eine gesetzliche Unterhaltspflicht von Familienangehörigen haben.

## Rücktritt des Betriebsrats der Reichsdruckerei.

Wischen der Direktion und dem Betriebsrat der Reichsdruckerei ist es zu erheblichen Differenzen gekommen, die den Betriebsrat an dem Entschluß brachten, sein Amt niederzulegen. Seit längerer Zeit schon war Konfliktsstoff verschiedener Art vorhanden, der nach Ansicht des Betriebsrates in der Geheimratswirtschaft, die auch in diesem Staatsbetrieb zu finden ist, seinen Ursprung hat. Zu dem Entschluß des Betriebsrates, seinen Posten niederzulegen, kam es vor allem dadurch, daß am 9. November, dem Tage der Revolutionserinnerung, der Betrieb der Reichsdruckerei geschlossen war und daß in einer Bekanntmachung der Direktion vom 15. Dezember die Arbeitswilligen des 9. November janz besonders in Schutz genommen wurden. In dieser Bekanntmachung heißt es:

„Es sind der Direktion ferner Klagen zugegangen, daß solche Angehörige der Reichsdruckerei, die entsprechend der Weisung der Direktion am 9. November zur Arbeit erschienen sind, von ihren Mitarbeitern verhöhnt und bedroht wurden. Die Direktion erwartet, daß solche Beschäftigten usw., falls sie in der Erregung vorgekommen sind, künftig unterbleiben. Es ist die Pflicht des Arbeitnehmers, Arbeitnehmer, die den Verpflichtungen des Arbeitvertrages nachkommen, bei Ausübung ihrer Arbeit zu schüden. Die Direktion würde gerungen sein, diesen Schutz mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzuführen, falls Anlaß zum Einschreiten gegeben werden sollte.“

Der Betriebsrat begründete seinen Rücktritt in einem Flugblatt, in dem als Differenzpunkte folgende Tatsachen angeführt werden:

1. Die Stellungnahme der Direktion zu dem Entwurf des Arbeitsvertrages und die Verschleppung der Beratungen darüber.
2. Die Stellungnahme der Direktion zu den Richtlinien über die Tätigkeit des Betriebsrates.
3. Die Stellungnahme der Direktion zu der Arbeitsausgleichsstelle.
4. Die Stellungnahme der Direktion zu den Vereinbarungen betr. Umgestaltung der Chalkographischen Abteilung.
5. Die Androhung und Ausführung der Feilheit über den Inhalt der Druckarbeiten des Betriebsrates.
6. Das Anordnen von Sonntagarbeiten ohne Zustimmung des Betriebsrates.
7. Die Ausschaltung der Betriebskontrollstelle.
8. Die Stellungnahme der Direktion anlässlich des 9. November: die einseitige Behandlung der Streikbrecherlagen; die Herausgabe der Bekanntmachung unter Ablehnung jeglicher Abänderungsanträge des Betriebsrates. Diese Bekanntmachung im Sinne der Nationalen Erlasse gibt uns den letzten Beweis, daß die Direktion jegliches Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates ausschalten, den Betriebsrat zur Bedeutungslosigkeit der früheren Arbeiterausschüsse herabdrücken will, was sogar dem zehnten Betriebsratsgesetz entgegensteht.

Bei diesem Konflikt kann nicht das Argument angewendet werden, daß es sich um Freiheiten überordneter Arbeitergruppen handle. Sind doch die Anhänger unserer Partei im Betriebsrat der Reichsdruckerei am stärksten vertreten. Ebenso wie diese Genossen sind auch alle im Betriebe tätigen Parteigenossen ein in der Beurteilung des Konfliktes. Eine Versammlung der S. D. Mitglieder ist einmütig der Ansicht des Betriebsrates beizutreten. Wir möchten wünschen, daß sich ein Weg findet, die recht unerquicklichen Differenzen, die wahrlich nicht geeignet sind, die Arbeitsfreudigkeit zu heben, aus der Welt zu schaffen.

## Streik in der Wiener Staatsdruckerei.

Infolge Lohnforderungen ist das Personal der Staatsdruckerei, der Wiener Zeitung und des Wagners in den Ausstand getreten.

## Vergarbeiterstreik in England.

In dem Kohlenfeld von Rhondda, wo 40.000 Vergarbeiter beschäftigt sind, ist ein Streik ausgebrochen, weil sich die Unternehmer weigern, elf entlassene Arbeiter wieder einzustellen.

Wahnsinn. Korrekturen! Sonntag, den 26. Dezember, vorm. 10 Uhr, im „Großhändlerverein“, Alexanderstr. 41: Vortragsabend der Freiwirtschaftler. Zu dieser Versammlung sind auch alle einziehende Kollegen eingeladen.

## Aus aller Welt.

Kinderschicksal der Wiener Großbanken. Die Wiener Großbanken haben für die Kinderhilfeaktion des Reichs ein Betrag von 10 Millionen Kronen gespendet.

Lebendrama in Wien. Der Schreiber Maximilian Kubelt hat armenisch mit seiner Geliebten, der 20jährigen Dominikine Feigal, Selbstmord durch Vergiften begangen. Die Ursache des Dramas lag in der Unmöglichkeit der Verbindung der beiden.



